

Rentendiskussion

Keine Hektik bei der Rente

Deutschland diskutiert – über die Rente von morgen. Wie können wir diese zukunftsfest machen? Das ist die entscheidende Frage. Die richtige Antwort sei eine Politik für Wachstum und Beschäftigung, betonte Stephan Stracke, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe. Denn erarbeiteter Wohlstand ist die Voraussetzung für soziale Sicherheit.



Foto: picture alliance/Sven Simon

Allein in diesem Jahr erhalten die rund 20 Millionen Rentner in Deutschland eine kräftige Rentenerhöhung – die Rente steigt so stark wie seit 23 Jahren nicht mehr. 4,25 Prozent mehr in Westdeutschland, 5,95 Prozent mehr im Osten. Der jetzigen Generation gehe es so gut wie nie zuvor, unterstrich Stracke in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag. Das Phänomen der massenhaften Altersarmut sei nicht zutreffend. Dennoch: Die alternde Gesellschaft und der demografische Wandel bringen Herausforderungen mit sich. Das beste Mittel dagegen sei, für Wachstum und Beschäftigung zu sorgen. Nur so könne die Alterssicherung der künftigen Generationen gesichert werden. „Die Rente von morgen bemisst sich an den Einnahmen von heute“, unterstrich Stracke.

Derzeit steht Deutschland wirtschaftlich gut da: Die Einkommen steigen, die Beschäftigungszahl ist auf Rekordhoch, die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie kaum

zuvor. Im April 2016 waren 2,744 Millionen Menschen arbeitslos, ein Rückgang von fast 100.000 gegenüber April 2015 und zugleich der niedrigste April-Wert seit 1991.

Die Union und vor allem die CSU-Landesgruppe haben bei der Rente die Leistungsansprüche hochgesetzt und die Mütterrente eingeführt. Gleichzeitig ist der Beitragssatz in der Rentenversicherung mit 18,7 Prozent so niedrig wie seit 1995 nicht mehr. In der Rentenpolitik gehe es um Vertrauen und Verlässlichkeit. „Das ist das, was die Menschen von uns einfordern“, so Stracke. Deshalb sei Hektik der falsche Ratgeber.

CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt fordert in der aktuellen Rentendiskussion Sachlichkeit und keinen „Überbietungswettbewerb“. Es gelte, einen Konsens zu finden, um die Rente weiter zukunftsfest zu machen.

**Rentenpolitik
braucht
Vertrauen und
Verlässlichkeit**



Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir wichtig, dass bei Förderprogrammen des Bundes auch unsere Münchner Stadtteile berücksichtigt werden. In zwei besonderen Beispielen ist dies gelungen:

Das Mehrgenerationenhaus „Unter den Arkaden“ im Münchner Norden wurde als eines von bundesweit nur 25 Projekten und einziges in ganz Bayern für das Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“ ausgewählt. Dabei ist an Patenschaften von Alltagsbegleitung über Freizeitgestaltung, Hausaufgabenbetreuung und Unterstützung zur Erlangung der Schulabschlüsse gedacht. Die Mehrgenerationenhäuser erhalten pro Patenschaft, die gestiftet wird, einen Festbetrag von 200 Euro zum Aufbau, Beratung und Begleitung der Patenschaften. Dass dieses Mehrgenerationenhaus als einziges in ganz Bayern ausgewählt wurde, zeigt, welche hervorragende Arbeit von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch den vielen ehrenamtlich Tätigen dort geleistet wird.

Das Förderprogramm „Soziale Stadt“ soll das Wohnumfeldes und die Infrastruktur aufwerten. Zudem ist es vorrangiges Ziel, in den ausgewählten Stadtvierteln die Integration aller Bevölkerungsgruppen zu verbessern. Die Stadt München erhält für die Gebiete Milbertshofen und Mittlerer Ring Südost, Moosach und Neuperlach im Jahr 2016 rund 2,1 Mio. Euro.

Moosach ist seit dem Jahr 2016 neu im Programm. Es werden das örtliche Quartiersmanagement und der Quartiersfonds für kleinere Investitionen und Aktionen über die Städtebauförderung unterstützt. In Moosach gibt es konkret Überlegungen 2016/17 bereits mit der Aufwertung und Umgestaltung des Amphionparks eine erste vorgezogene Maßnahme umzusetzen.

Der Bereich Petuelring ist bereits im Jahr 2000 in das Programm Soziale Stadt aufgenommen. Im Jahr 2016 wird das Programm zur Aufwertung und Begrünung des Wohnumfeldes fortgesetzt. Gefördert werden soll auch eine Abbruch- und Neubaumaßnahme im Bereich der Ostermayerstraße.

Johannes Singhammer MdB

Kommentar von Marlene Mortler

Tschernobyl und Fukushima: Lehren aus der Katastrophe ziehen

Mit dem Gedenken an das Kernreaktorunglück von Tschernobyl und von Fukushima machen wir diese Ereignisse nicht ungeschehen, betont Marlene Mortler, Sprecherin der CSU-Landesgruppe für Umwelt und Agrarpolitik, in ihrem Kommentar deutlich. Daraus lassen sich aber Lehren für eine sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Energiegewinnung ziehen.

Die Explosion eines Reaktors im heute ukrainischen Kernkraftwerk Tschernobyl kostete unzähligen Menschen das Leben. Hunderttausende verloren ihre Heimat und Millionen litten und leiden auch heute noch unter den Folgen. Dieser schreckliche Unfall bewegt uns noch immer, ebenso wie die Havarie des Kernkraftwerks Fukushima im Jahr 2011. Beide Katastrophen sind uns eine Lehre, verantwortungsvoll mit den Risiken der Kernenergie umzugehen. Die Regierungskoalition hat dazu einen gemeinsamen Antrag erarbeitet, über den der Bundestag diese Woche beraten hat.

Heute setzen wir uns für höchste Sicherheitsstandards in allen europäischen Kernkraftwerken ein. In Deutschland gewährleisten ständige Kontrollen die Sicherheit der Anlagen



Foto: Henning Schacht

bis zum Ende ihrer Laufzeit. Den 2011 beschlossenen beschleunigten Ausstieg aus der Kernenergienutzung und den Ausbau der Erneuerbaren Energien werden wir weiterhin umsetzen.

Dazu brauchen die Menschen, die im Vertrauen auf die Politik erhebliche Summen in die Energiewende gesteckt haben, verlässliche Rahmen-

bedingungen – wie den Bestandschutz für bestehende Anlagen und innovative Lösungen für die Nutzung Erneuerbarer Energien. Sonst riskieren wir, Investitionen in diesem gerade für ländliche Räume so wichtigen Feld abzuwürgen. Das gilt es zu verhindern, damit sich die Lehren, die wir aus Tschernobyl und Fukushima gezogen haben, auszahlen.

Diese Woche

Rentendiskussion	
Keine Hektik bei der Rente	1
Kommentar von Marlene Mortler	
Tschernobyl und Fukushima: Lehren aus der Katastrophe ziehen	2
Jahresbericht des Wehrbeauftragten	
Bundeswehr am Wendepunkt	2
Zukunftskongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion	
Wie machen wir Deutschland fit für die Zukunft?	3
500 Jahre Reinheitsgebot	
Auf ein Bier mit ... Max Straubinger	4
Beschlüsse in Rust	
Erfolgreiche Arbeit der Koalition	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder. Foto Editorial: Henning Schacht

Verantwortliche Redakteure:
Linda Dietze, Jutta Lieneke-Berns
11011 Berlin · Platz der Republik 1
Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Jahresbericht des Wehrbeauftragten

Bundeswehr am Wendepunkt

Bei der Vorstellung des Jahresberichts im Bundestag wurde deutlich, dass die materielle und personelle Ausstattung der Bundeswehr mit ihren gewachsenen Aufgaben Schritt halten muss.



Foto: picture alliance/dpa

„Die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen bringen massive Belastungen für die Soldaten der Bundeswehr mit sich“, stellte CSU-Abgeordnete Julia Obermeier in ihrer Rede fest. Die Bundeswehr brauche in diesen unsicheren Zeiten eine moderne und bedarfsorientierte Vollausstattung. Hier konnte gemeinsam mit der Ministerin die Trendwende eingeleitet werden – mit neuer und moderner Ausrüstung. Zudem wird der Verteidigungshaushalt 2017 um 6,8 Prozent aufgestockt.

Ebenfalls verbesserungswürdig ist die Personallage mit knapp 8.000 unbesetzten Stellen. Die verabschiedete „Agenda Attraktivität“, die den Dienst in der Bundeswehr attraktiver machen soll, müsse weiter mit Entschlossenheit fortgeführt werden, forderte Obermeier. Sie plädierte abschließend dafür, angesichts von Terroranschläge wie in Paris und Brüssel auch über erweiterte Möglichkeiten eines Einsatzes der Bundeswehr im Inneren zu reden: „Und zwar jetzt, mit kühlem Kopf, bevor Gefährdungslagen eintreten.“

Zukunftskongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wie machen wir Deutschland fit für die Zukunft?

Deutschland steht heute gut da. Doch wie sieht es morgen aus? Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen Blick in die Zukunft geworfen. „Deutschland 2050. Gesellschaft. Arbeit. Mobilität“ – so der Titel des Zukunftskongresses, der am Mittwoch in Berlin stattfand.

Wie machen wir Deutschland fit für die Zukunft? Wie können wir unsere Werte garantieren, Mobilität für uns nutzen und mit unserer Arbeit weiterhin Wohlstand schaffen? Beim Zukunftskongress der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurden alle diese Fragen gestellt – und Antworten gefunden. Vier junge Abgeordnete der CSU-Landesgruppe werfen einen Blick in die Zukunft und erzählen am Rande des Kongresses in ihren Handybotschaften, wie sie Deutschland fit für die Zukunft machen. Und Gerda Hasselfeldt gratuliert zu 25 Jahre Junge Gruppe. Auszüge finden Sie hier, die vollständigen Antworten auf unserer Webseite unter www.csu-landesgruppe.de:

Fotos: CSU-Landesgruppe



Emmi Zeulner, 29

Pflege, Rente, demografischer Wandel: Wie meistern wir die Herausforderungen im Jahr 2050?

Wir haben zum Beispiel einen Pflegevorsorgefonds eingerichtet, da werden jährlich 1,2 Milliarden Euro zurückgelegt. Und die sollen dann zum Einsatz kommen, wenn die Babyboomer-Generation in die Pflegebedürftigkeit kommt und immer weniger junge Leute die Älteren finanzieren müssen. Das ist einmalig in dem System und wir sind ganz stolz darauf, dass wir präventiv und vorsorglich hier eine Antwort geben können auf die Fragen unserer Generation.



Wolfgang Stefinger, 31

Welche Gesellschaft wünschen Sie sich für Deutschland 2050?

Ich wünsche mir für unser Land, dass wir die derzeit größte Herausforderung, die Flüchtlings- und Migrationskrise, gut bewältigen. Dass sich die Flüchtlinge, die hier bleiben dürfen, nach unseren Wertevorstellungen in unser Land integrieren. Dass wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und unterstützen. Und dies alles in einem geeinten, friedlichen Europa.



Andreas Lenz, 35

Wie sieht in Ihren Augen die Arbeitswelt der Zukunft aus und was ist für die Wirtschaft wichtig?

Die Arbeits- und Wirtschaftswelt wird sich die nächsten Jahre, die nächsten Jahrzehnte dramatisch verändern. Es heißt nicht umsonst, dass die größte Gefahr für die Zukunft der Erfolg der Gegenwart ist. Wir müssen bei den Stärken der deutschen Wirtschaft ansetzen, um die Digitalisierung im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch gerade in Deutschland zu nutzen. Es ist so, dass der Wohlstand von morgen auf den Firmengründungen, auf dem Mut und auf dem Unternehmertum von heute beruht.



Katrin Albsteiger, 32

Elektroautos, führerloses Fahren oder Beamen: Wie sehen Ihre Visionen für die Zukunft aus?

Das Thema ‚Autonomes Fahren‘ ist in der Zukunft keine Wunschvorstellung mehr. Ich glaube, dass wir schon bald dazu in der Lage sein werden, vor allem sicher und ohne Staus und völlig entspannt durch den Straßenverkehr zu kommen. Und ich bin ganz sicher, wenn wir weiterhin in Innovation, Forschung, Entwicklung und Wissenschaft die Rekordsummen investieren wie momentan, und vielleicht noch ein bisschen was oben drauflegen, dass so manche Träumerei zur Realität werden kann.



Gerda Hasselfeldt, 65

25 Jahre Junge Gruppe – ein Grund zum Feiern. Was geben Sie den jungen Politikern mit auf den Weg?

Das Wichtigste für einen Politiker ist meines Erachtens, dass er die Menschen mag. Die Liebe zu den Menschen, zu denen oder für die er die Verantwortung hat, ist die wichtigste Grundlage. Und das Zweite ist, dass ein Politiker immer neugierig sein muss. Er muss sich immer wieder in neue Sachverhalte einarbeiten, muss den Blick eben auch in die Zukunft richten. Das, was auf uns möglicherweise oder ziemlich sicher zukommt, muss ihn reizen. Es muss eine Neugier vorhanden sein und die Lust, diese Zukunft auch zu gestalten.

500 Jahre Reinheitsgebot

Auf ein Bier mit ... Max Straubinger

Max Straubinger ist Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe und Präsident des Deutschen Instituts für Reines Bier. Im Interview verrät er die richtige Mischung für gute Politik und warum kein Hopfen und Malz verloren ist.

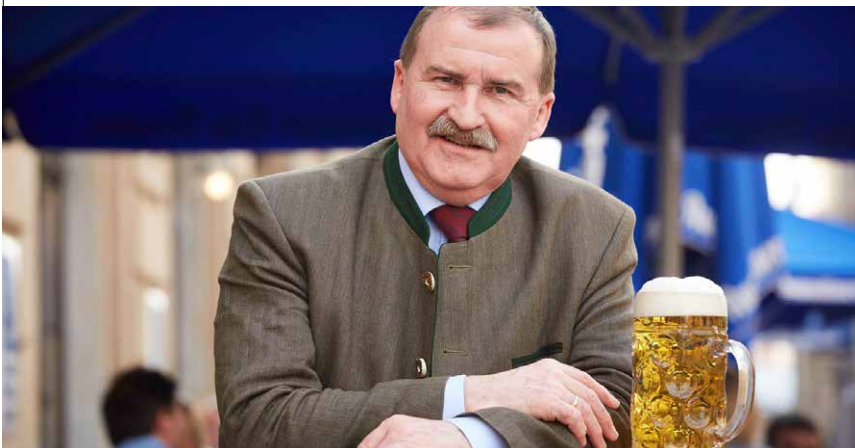


Foto: Christoph Michaelis

Herr Straubinger, vor 500 Jahren war das Reinheitsgebot das erste deutsche Lebensmittelgesetz. Warum braucht es das heute noch?

Hohe Qualität und Verbraucherschutz sind den Menschen wichtiger denn je. Insofern ist das Reinheitsgebot alles andere als in die Jahre gekommen. Das Reinheitsgebot ist in Europa als Kennzeichnung geschützt – das ist ein großer Erfolg und steht für die Einzigartigkeit deutscher Braukunst.

Die Deutschen trinken allerdings immer weniger Bier. Das bekommen auch die Brauereien zu spüren. Mit Blick auf die aktuelle Situation der Betriebe – ist Ihr Glas halbvoll oder halbleer?

Ich bin ein optimistischer Mensch. Mein Glas ist immer halbvoll.

„Auch Wasser wird zum edlen Tropfen, mischt man es mit Malz

und Hopfen.“ In der Politik ist es allerdings nicht ganz so einfach. Welche Zutaten braucht gute Politik heute?

Zu guter Politik gehört eine große Portion Geradlinigkeit, Gewissenhaftigkeit und Entscheidungstärke. Sie sollte gut überlegt und nicht aktionistisch sein, eine Prise Mut schadet dabei aber auch nicht. Und wie bei so vielem kann das richtige Timing entscheidend sein.

Die CSU-Landesgruppe fordert unter anderem Nachbesserungen bei Erbschaftsteuer, Leih- und Zeitarbeit. Sind Sie guter Dinge, dass hier schnell Einigungen herbeigeführt werden oder ist Hopfen und Malz verloren?

Ich bin da guter Dinge. Der Gesetzesentwurf zur Leih- und Zeitarbeit geht jetzt in die Ressortabstimmung. Dort werden wir die für die CSU wichtigen Änderungen durchsetzen. Auch bei der Erbschaftsteuer wird es noch zu einer Einigung kommen. Bei beidem ist uns wichtig, dass wir die Wirtschaft, die kleinen und mittleren Betriebe, nicht über die Maßen belasten.

Verraten Sie uns zum Schluss noch Ihr Rezept: In Berlin sind Sie Parlamentarischer Geschäftsführer. Wie halten sie in dieser politisch herausfordernden Lage die Fäden zusammen?

Ich behalte immer einen kühlen Kopf und nenne die Dinge beim Namen. Wenn mich etwas stört, greife ich zum Telefon. Der direkte Draht ist mir wichtig.



Foto: CSU-Landesgruppe

Beschlüsse in Rust

Erfolgreiche Arbeit der Koalition

Innere Sicherheit, die Bekämpfung der Fluchtursachen und die Zukunft der Automobilität: Auf ihrer Klausurtagung in Rust vergangene Woche haben sich die Spitzen von CDU, CSU und SPD auf Leitlinien bis zur Bundestagswahl verständigt.

„Es geht ganz wesentlich um die Innere Sicherheit in unserem Land“, betonte CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt. Deshalb habe man dieses Thema in Rust auch als Schwerpunkt gesetzt. Die CSU-Landesgruppenchefin unter-

strich, dass die CSU immer wieder Impuls- und Taktgeber bei diesem Thema sei. Neben einem Papier zur Inneren Sicherheit fassten die Fraktionsvorsitzenden auf der zweitägigen Klausurtagung auch gemeinsame Beschlüsse zur Handlungsfähigkeit

und den Zusammenhalt in der Europäischen Union, zur Bekämpfung der Fluchtursachen, zum Einbruchschutz sowie zur Automobilität der Zukunft. Die Beschlüsse im Einzelnen können Sie nachlesen unter www.csu-landesgruppe.de.